

# Straßauer Zeitung.

Nr. 140.

Samstag, den 21. Juni

1862.

Die „Straßauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementpreis: für Straßau 4 fl. 20 Mrk., mit Verlendung 5 fl. 25 Mrk. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Mrk. berechnet. — Insertionsgebihr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzelle für 9 Mrk. — Insert-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Straßauer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaktion: Nr. 423 an den Plauten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

VI. Jahrgang.

nenpreis: für Straßau 4 fl. 20 Mrk., mit Verlendung 5 fl. 25 Mrk. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Mrk. berechnet. — Insertionsgebihr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzelle für 9 Mrk. — Insert-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Straßauer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaktion: Nr. 423 an den Plauten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

## Amtlicher Theil.

Erlaß des Finanzministeriums v. 16. Juni 1862\*, die Eröffnung einer Subscription auf einen Theil der Staatschuldverschreibungen des Verlosungs-Anlehens vom Jahre 1860 betreffend.

Auf Grund der, mit dem Gesetze vom 8. Juni 1862 (Reichsgesetzblatt Nr. 31) erhaltenen Ermächtigung und in Folge der mit der Nationalbank getroffenen Vereinbarung hat das Finanzministerium 83,000,000 fl. in Staatschuldverschreibungen des Anlehens vom Jahre 1860 der k. k. privilegierten Kreditanstalt für Handel und Gewerbe und dem Wiener Bankhaus des Freiherrn S. M. v. Rothschild für sich und im Namen der Bankhäuser M. A. v. Rothschild und Söhne in Frankfurt am Main, Brüder von Rothschild in Paris und N. M. von Rothschild und Söhne in London mittelst Vertrages überlassen, und dabei die Bestimmung getroffen, daß d. r. fünfte Theil von diesen Staatschuld-Verschreibungen, somit ein Betrag von 16,600,000 fl. und zwar: 12,450,000 fl. in Stücken zu 500 fl. und 4,150,000 fl. in Stücken zu 100 fl. im Wege einer öffentlichen Subscription dem Publicum angeboten werde.

Hierach wird eine Subscription am 23. Juni 1862 eröffnet und am 26. Juni 1862 geschlossen, und es werden die Bedingungen, unter welchen an dieser Subscription teilgenommen werden kann, in den nachfolgenden Bestimmungen bekannt gegeben:

1. Für jedes Hundert vom Nominalbetrage der erwähnten Staatschuldverschreibungen sind 94 (Neunzig vier Gulden) zu bezahlen.

2. Der geringste Betrag, auf welchen eine Subscription angenommen wird, ist 100 fl.

3. Das Ergebnis der Subscription wird, sobald die in den Kronländern subskribierten Beträge bekannt sein werden, und jedenfalls längstens am 12. Juli 1862, durch die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht. Wenn der subskribierte Betrag 16,600,000 fl. übersteigt, so tritt eine verhältnismäßige Verminderung der subskribierten Beträge ein, und es wird der Maßstab dieser Verminderung gleichzeitig durch die „Wiener Zeitung“ kundgemacht. Sollten die auf Beträge unter 500 fl. lautenden oder durch die nothwendig gewordene Verminderung auf Beträge unter 500 fl. herabgesetzten Subskriptionen zusammen genommen 4,150,000 fl. überschreiten, so werden dieselben im Wege der Verlosung — über deren Modalitäten eine Veröffentlichung durch die „Wiener Zeitung“ erfolgen wird — auf 4,150,000 fl. zurückgeführt werden.

4. Wer an der Subskription teilnehmen will, hat eine stempelfreie Erklärung nach dem beiliegenden Muster und mit dieser Erklärung die erforderliche Caution (§§ 5 und 6) bei der privilegierten österreichischen Nationalbank in Wien oder bei einer ihrer Filialen in den verschiedenen Kronländern, oder bei den Landeshauptstädten in Benedig, Saragossa und Czernowitz, oder endlich bei der Sammlungsfass in Salzburg zu überreichen. Die genannten Kassen haben den Auftrag, Blanquetten zu der Subskriptionserklärung unentgeltlich zu verabs folgen.

5. Die Caution hat in 10 p. Et. des einzuzahlenden Betrages zu bestehen und kann ganz oder zum Theile auch in Partial-Hypothekaranweisungen, die nicht über Ein Jahr lang verfallen sind; in Coupons von Staatschuldverschreibungen, welche längstens binnen 10 Tagen verfallen werden, oder nicht länger als Ein Jahr auslaufen; oder in auf Ueberbringer lautenden, mit allen noch nicht verfallenen Coupons versehenen Staatschuldverschreibungen bestehen. Der Wert der letzteren wird mit 10 p. Et. unter dem Kourse der Wiener Börse vom 16. Juni 1862 in Waare (mit Hinweglassung des Bruchtheiles), die übrigen oben genannten Effekten aber nach ihrem Auszahlungswerte berechnet.

6. Außer den im § 5 angeführten Werthpapieren können auch Prioritätsobligationen und Aktien der k. k. privilegierten Kaiser Ferdinand-Nordbahn, dann Prioritätsobligationen und Aktien aller inländischen Unternehmungen, welchen die Staatsverwaltung ein gewisses Ertragsrisiko garantiert, als Caution erlegt werden.

Der Wert der Prioritätsobligationen und Aktien wird zwar auch wie jener der Staatschuldverschreibungen ermittelt; doch ist der Wert der Aktien mit 15 Prozent unter dem angenommenen Börsenkurse zu berechnen.

7. Die als Caution erlegten, nicht auf Ueberbringer lautenden Aktien müssen mit einem Giro desjenigen,

auf den sie lauten, und beziehungsweise mit dem Giro des Subskribenten versehen, und alle Werthpapiere ohne Unterschied auf der Rückseite der Subskriptionserklärung genau verzeichnet sein.

8. Die im Baren oder in Werthpapieren erlegte Caution wird in dem, an den Subskribenten von der Kasse hinausgegebenen Einzahlungsbogen bestätigt.

9. Wenn die subskribirten Beträge in dem, § 3 vorgeesehenen Falle verminder werden müssen, so wird doch die im Baren erlegte Caution nicht verminderd, sondern, insoweit als sie 10 Prozent des einzuzahlenden vermindernden Betrages übersteigt, als eine Vorauszahlung behandelt.

Dagegen kann der Subskribent, jedoch längstens nur bis zum 15. Juli 1862, die verhältnismäßige Verminderung seiner in Werthpapieren geleisteten Caution, und beziehungsweise die Zurückstellung des Mehrbetrages, welche auf dem vorzulegenden Einzahlungsbogen ersichtlich gemacht wird, verlangen.

10. Die im Baren erlegte Caution wird vom Tage des Erlages bis zum 2. März 1863, oder, wenn die Einzahlung der letzten Rate (§ 14) vor dem 2. März 1863 erfolgt, bis zum Tage dieser Einzahlung mit 5 Prozent verzinst. Insoweit aber ein Theil der Barcaution als eine Vorauszahlung behandelt wird (§ 9), läuft die 5 Prozentige Verzinsung nur bis 15. Juli 1862 oder wenn die erste Rate vor dem 15. Juli 1862 eingezahlt wird, nur bis zum Tage dieser Einzahlung.

11. Die in Werthpapieren erlegte Caution muss längstens bis zum 15. August 1862 gegen jenen Barbetrag umgewechselt werden, für welchen sie angenommen wurde. Nur dann, wenn eine Verminderung des Subskriptionsbetrages erfolgt ist, hat die Umwechselung bloß in einem solchen Barbetrag zu geschehen, welcher für sich allein, oder mit Berechnung der theilweise im Baren erlegten Caution, 10 Prozent des einzuzahlenden Betrages deckt.

Die hierach gegen Bargeld umgewechselte Caution wird vom Tage dieser Umwechselung ebenfalls mit 5 Prozent verzinst (§ 9).

12. Werden die als Caution erlegten Werthpapiere nicht bis zum 15. August 1862 nach der im § 11 enthaltenen Bestimmung umgewechselt, so werden sie höchstens veräußert und erst von dem Tage, an welchem der dafür gelöste Betrag bei der Kasse eingeflossen ist, als Barcaution behandelt und verzinst.

13. Wenn der im vorgedachten Falle eingeflossene Betrag für sich allein oder mit Berechnung der theilweise im Baren geleisteten Caution 10 Prozent des einzuzahlenden Betrages übersteigt, so ist der Überschuss als eine Vorauszahlung auf die nächste Rate zu verrechnen.

Wenn er aber 10 Prozent des einzuzahlenden Betrages nicht erreicht, so ist das Fehlende längstens bis 1. September 1862 zu erlegen, widrigens der ganze eingeflossene Betrag dem Uerar anheimfällt.

14. Die Einzahlung auf den subskribirten oder den durch Reduktion der subskribirten Gesamtsumme verminderten Betrag hat in 9 gleichen, 10perc. Raten, und zwar längstens

am	15. Juli	
"	31.	
"	1. September	
"	1. Oktober	1862
"	3. November	
"	1. Dezember	
"	2. Januar	
"	2. Februar	
"	2. März	

zu erfolgen; doch kann die Einzahlung ganz oder zum Theile auch vorhinein geschehen.

15. Wer eine Rate nicht in der § 14 bestimmten Frist erlegt, dessen Caution wird unnachsichtig eingezogen. Ebenso werden die früher bezahlten Beträge, soferne sie nicht mit Staatschuldverschreibungen bedeckt werden können, dem Uerar anheimfallen; wogegen der Subskribent jeder weiteren aus seiner Subskription vorgegangenen Verpflichtung entbunden wird.

16. Zu den Rateneinzahlungen werden auch Coupons von Staatschuldverschreibungen, wenn sie nicht später als in zehn Tagen verfallen, oder nicht schon vor mehr als einem Jahre fällig geworden sind, im Auszahlungswerte; und nicht über ein Jahr lang verfallene Partial-Hypothekaranweisungen im Nennwert als bares Geld angenommen.

Ist aber eine Partial-Hypothekaranweisung am Tage der Einzahlung noch nicht fällig geworden, so sind die bei der Ausstellung oder Prolongation der Partial-Hypothekaranweisung im vorhinein erhobenen Zinsen vom Tage der Einzahlung bis zum Verfallstage

der Partial-Hypothekaranweisung von dem Subskribenten zu ersehen.

17. Jede geleistete Einzahlung wird vom Tage der Einzahlung bis zu dem Tage, an welchem die Subskribenten die ihnen gebührenden Staatschuldverschreibungen erhalten, mit 5 p. Et. verzinst.

18. Wenn der subskribierte oder der nach § 3 verminderte Betrag durch 500 ohne Rest theilbar ist, so werden nur Staatschuldverschreibungen zu 500 fl. an den Subskribenten erfolgt. Insofern daher für jede einzelne oder für mehrere Raten nicht wenigstens 500 fl. oder ein durch 500 ohne Rest theilbarer Betrag an Staatschuldverschreibungen entfällt, kann der Subskribent die Erfolglassung von Staatschuldverschreibungen nicht ansprechen.

19. Wenn der subskribierte oder der verminderte Betrag 500 fl. nicht erreicht, oder wenn er durch 500 ohne Rest nicht theilbar ist (z. B. sich auf 700, 1600, 3800 fl. beläuft), so wird für den, 500 fl. nicht erreichenden Subscriptions- und für den, durch 500 ohne Rest nicht theilbaren Beitrag, die entsprechende Staatschuldverschreibung nach erfolgter Einzahlung von je 94 fl. ausgehändigt werden.

20. Drei Tage vor dem 1. August 1862 und vor dem 1. Februar 1863 und drei Tage nach dem 1. Februar 1862 und 1. Februar 1863 findet eine Hinzugabe von Staatschuldverschreibungen statt statt.

Sollte eine Kasse am Tage der Rateneinzahlung mit dem erforderlichen Vorrate von Staatschuldverschreibungen nicht versehen sein, so wird für deren möglichst schnelle Zustellung Sorge getragen und dem Subskribenten der Tag bekannt gegeben werden, an welchem die Staatschuldverschreibungen erhoben werden können.

21. Die Staatschuldverschreibungen, welche für die im Baren erlegte oder in Bargeld umgewandelte Caution gebühren, werden erst bei Einzahlung der letzten Rate erfolgt.

22. Den Subskribenten kommen zweimonatliche vom Tage der vollständigen Einzahlung für die erfolgte Staatschuldverschreibung zurück zu rechnende 4% p. Et. Zinsen zu Gute. Haften auf der erfolgten Staatschuldverschreibung mehr als zweimonatliche Zinsen, so sind die über zwei Monate haftenden von dem Subskribenten zu vergüten; haften hingegen die Zinsen nicht voll zwei Monate, so sind für die fehlende Zeit die Zinsen bar an den Subskribenten zu bezahlen.

Plener m. p.

## Subscriptions-Erklärung.

Der Unterzeichnete erklärt zu Handen der

Kasse zu . . . dass er an der, mit Finanz-Ministerial-Erlaß vom 16. Juni d. J. eröffneten Subscription auf 16,600,000 fl. in Staatschuldverschreibungen des Verlosungs-Anlehens vom Jahre 1860 mit einem Betrage von

. . . im Nennwerthe dieser Staatschuldverschreibungen teilnehme, sich einer allfälligen Reduction dieses Betrages und überhaupt als in jenem Erlass ausgesprochenen Bedingungen unterziehe.

Zur Sicherstellung der übernommenen Verpflichtungen erlegt er die 10perc. Caution in Baren mit

in Werthpapieren, welche auf der Rückseite dieser Erklärung aufgeführt sind, mit

den . . . den 21. Juni 1862.

Unterschrift und Wohnort des Subskribenten:

Berzeichnung

über die als Caution erlegten Werthpapiere.

Bezeichnung der Werthpapiere	Bahl der Coupons	Nennwert	Cautions- wert	Unmerk.

Es sind bereits wiederholte Fälle vorgekommen, daß Goldsendungen von Österreich nach England erst später als in zehn Tagen verfallen, oder nicht schon vor mehr als einem Jahre fällig geworden sind, im Auszahlungswerte; und nicht über ein Jahr lang verfallene Partial-Hypothekaranweisungen im Nennwert als bares Geld angenommen.

Ist aber eine Partial-Hypothekaranweisung am Tage der Einzahlung noch nicht fällig geworden, so sind die bei der Ausstellung oder Prolongation der Partial-Hypothekaranweisung im vorhinein erhobenen Zinsen vom Tage der Einzahlung bis zum Verfallstage

Das Ministerium für Handel und Volkswirtschaft bringt daher zur Kenntnis, daß es viel zweckmässiger ist, den in London befindlichen Angehörigen Anweisungen an accreditede Londoner Bankiers statt barem Gelde zuzusenden, da diese im Wege der Briefpost den Adressaten regelmäßig zugestellt werden.

Wien, am 17. Juni 1862.

Vom k. k. Ministerium für Handel und Volkswirtschaft.

## Nichtamtlicher Theil.

Kraakau, 21. Juni.

Die hessische Frage hat, neben ihrer allgemeinen politischen Bedeutung, für den preußischen Hof ein besonderes persönliches Interesse, wegen dessen man sie in Berlin mit Aufmerksamkeit verfolgt. Wie die „K. B.“ erfährt, knüpft sich nämlich der Sommer-Reiseplan des Königs an die hessische Krise; er warnt nur darauf, daß diese Krise durch die definitive Bildung eines neuen hessischen Ministeriums zum vorläufigen Austrag gebracht werde, um sofort die übliche Erholungsreise, zunächst wohl nach Baden-Baden, anzutreten. Damit wäre denn ausgesprochen, daß die parlamentarische Saison keinen Grund für den Aufschub dieser Reise gäbe. Ob diese Berechnung nicht eine irrite ist, muß die Zeit lehren. Die Session des Landtages scheint sich allmälig immer weiter hinzuziehen zu wollen; die kürzeren Berechnungen machen immer längeren Platz, und es gibt schon Abgeordnete, welche die Rückkehr in die Heimat während des Sommers überhaupt für zweifelhaft halten. Die Budget-Commission des Abgeordneten-Hauses fährt fort, sich tüchtig zu rühren; jetzt spricht man von einem Antrage, welcher die Staats-Ueberschreitungen nicht wie bisher nach drei Jahren, sondern sofort im nächsten Jahre vorgelegt wissen will.

Dem Schwäbischen Merkur wird aus Schleswig vom 9. Juni geschrieben: „In dänischen Blättern circulirt jetzt eine politische Conjectur, deren Bezahltheit anderswo vielleicht die größte Freude herverruft würde. Der Prinz Friedrich von Hessen will sein Palais in Kopenhagen verkaufen, weil er Kopenhagen für immer verlassen will. Die dänische, selbst die Regierung bringt das mit Abdicationsabsichten des gegenwärtigen Kurfürsten von Hessen in ganz bestimmte Verbindung.“

Die in Turin erscheinende ministerielle „Monarchia nazionale“ theilt sowohl die im Consistorium vom 9. d. M. gehaltene Allocution des Papstes als die Antwort der Bischöfe im Auszuge mit und beschränkt sich einstweilen auf die Bemerkung, daß die 256 Bischöfe und die 21 Kardinäle, welche die Adresse unterzeichnet haben, zusammen nicht den vierten Theil des katholischen Episcopats ausmachen, überzeugt aber dabei, daß es ihre eigenen Herren sind, die 83 italienischen Bischöfen die Reise nach Rom unterstagnet.

Die mexicanische Debatte hat im spanischen Congr. ohne Beschlussnahme geendet, da die Opposition-Fractionen in ihren An- und Absichten so weit aus einander gingen, daß sie sich zu keiner Gesamthat erheben konnten. Die Discussion hat jedoch wesentlich genutzt, da sie die öffentliche Meinung aufgeklärt und über die Stellung der Regierung zum Londoner Vertrage, zu Prim und zu der mexicanischen Candidatur vollständig Licht verbreitet hat. Uebrigens hat die spanische Regierung jetzt den üblichen Beschluss gefasst, schrittweise und vorsichtig in den Colonien Reformen einzuführen, bis Colonien und Mutterland dieselben Gesetze genießen.

Die Pforte hat nach der „K. B.“ den Höfen von Paris und Petersburg mitgetheilt, daß sie die Kuppel des h. Grabes in Jerusalem allein auf ihre Kosten herstellen lassen. Die Leitung der Ausbesserungs-Arbeiten soll bereits einem armenischen Architek

Die Ereignisse in Belgrad haben sich mit stürmischer Hast entwickelt; — doch scheinen schon seit langer Theilweise Vorbereitungen auf eine solche Eventualität hin getroffen worden zu sein. Bereits am 12. d. M. wird der „Agr. Btg.“ aus Kocca an der Sava geschrieben, es unterliege keinem Zweifel, daß in Serbien gerüstet werde und daß man, trotz alles offiziellen Widerspruches, sich auf die Eventualität eines Kampfes mit der suzerainen Macht vorbereite. Das System der Landmilitiz, heißt es weiter, ist vollständig durchgeführt, und diese, nach europäischer Art bewaffnet, wird in geschlossenen Körpern geschult. Uebrigens sind alle Lands- und Städtebewohner mit den gewöhnlichen landesüblichen Waffen hinreichend versehen.

Bekanntlich hatte das erste Telegramm über den jüngsten Kampf in Belgrad gemeldet, verschworene aus der türkischen Wachmannschaft hätten am 15. d. einen serbischen Knaben ermordet, darüber sei in der Nacht zum 16. das Gemetzel zwischen Türken und Serben losgebrochen. Nach der „Times“. 3. „Z“ dagegen haben die Serben, ohne daß die directe Veranlassung bezeichnet wird, am 15. Nachts 10 Uhr auf die türkischen Wachposten in der Stadt Belgrad ein blutiges Attentat verübt und bei dieser Gelegenheit die türkische Mannschaft niedergemehelt, wie auch die in der Nähe des Landungsplatzes gelegenen türkischen Wachtgebäude demolirt. Auf das entspant sich ein heftiges Geplänkel mit der Festung, das die ganze Nacht hindurch anhielt, noch am 16. fortduerte und dem viele Tode und Verwundete zum Opfer fielen. Sämtliche Consuln legten sogleich energisch Protest gegen eine etwaige Beschießung der Stadt ein. Fürst Michael, welcher sich auf einer Reise befand, wurde sogleich von dem Vorfall benachrichtigt. Die österr. Dampfschiffe landeten noch am 16. ohne alle Behinderung in Belgrad. Sämtliche Türken hatten sich in die Festung zurückgezogen. Dieser Bericht der „Times“. 3. geht, wie bemerkt, zum 16., am 17. um 9 Uhr Vorm. begann das Bombardement der Festung auf die Stadt Belgrad. Die Stadt brannte an mehreren Punkten. Garaschanin hatte das Landvolk herbeigerufen. Einer, am 17. d. Abends von einem Wiener Handlungshause aus Semlin empfangenen und dem „Post“ mitgetheilten telegraphischen Privatdepeche zufolge, sollten die Serben die Festung Belgrad um 4 Uhr Nachm. eingenommen haben, was durch die gestrige Depeche vom 18. d. widerlegt ist.

Die „Aut. Corr.“ meldet, daß der in Belgrad zwischen dem Festungs-Commandanten Aschir Pascha und der serbischen Regierung geschlossene Waffenstillstand nach Wiener Privatberichten nur für ganz kurze Dauer abgeschlossen wurde und schon am 19. d. abläuft. Die Serben treffen Anstalten zur Belagerung der Festung, und sind, der Bewaffnung anbelangt, den Türken weit überlegen, sie besitzen Kanonen und Gewehre neuester Construction. Ein Manifest des Fürsten an das serbische Volk sollte veröffentlicht werden. Die serbischen Milizen sind hart an die Grenzen gerückt. Die türkischen gegen die serbischen Grenze vorgeschobenen Truppen commandiert Ferik Pascha. Garaschanin ist in die serbischen Dörfer gereist, um eventuell den Landsturm vorzubereiten. Die Diplomatie in Belgrad hat sich übereinstimmend gegen das Bombardement und gegen die Fortsetzung der Feindseligkeiten ausgesprochen.

In Bezug auf die Belgrader Affaire bemerkt die Donau-Btg. u. a. Folgendes: „Die Wahrheit ist, daß Österreich sich in einer beinahe peinlichen Lage befindet. Es sieht Elemente gegen sich aufgewiegt, auf die es, seiner natürlichen Bestimmung gemäß, Anziehungskraft über sollte. Uebrigens ist sein Beruf wieder, die Pforte um jeden Preis zu stützen, noch die revolutionären Erhebungen der Christenvölker zu unterstützen. Dieser Beruf besteht vielmehr in der Wahrung seiner eigenen Interessen, und sie sind es, die ihm gebieten, in der nicht unvermeidlichen, aber rasch und immerhin drohend ausgetauchten serbischen Frage eine zarte Mittellinie einzuhalten.“

Die Pariser Blätter knüpfen nur erst kurze Bemerkungen an das bereits bekannte Telegramm vom Bombardement in Belgrad. Das „Journal des Debats“ sagt: Diese ernste Situation ist aus isolirten Kaufseisen und Mordthaten hervorgegangen, die in keinem andern Lande Bedeutung hätten; aber in dieser unglücklichen Gegend wird aus jedem Faustschlag, aus jedem Schimpfwort zwischen Serben und Türken gleich ein Zusammenstoß des Evangeliums und des Korans. Aus einem Straßenlärm wird eine Staatsangelegenheit, welche der europäischen Diplomatie zu thun gibt.

Vom montenegrinischen Kriegsschauplatze wollen türkische Berichte noch immer nur Günstiges zu melden haben. So will das „Journal de Constantinople“ vom 12. d. M. von Regierungsdepechen wissen, in denen große Erfolge der türkischen Truppen gegen die Montenegriner gemeldet werden. Derwisch Pascha und Abdi Pascha sollen eine baldige völlige Besiegung sämtlicher unter dem Commando des Fürsten Nikolaus kämpfender „Banden“ in Aussicht stellen.

Die Erklärungen Russells und Palmerston's sind die unzweideutigsten Widerlegungen des in den letzten Tagen abermals ausgetauchten Gerüchtes von einer bevorstehenden Vermittelung der beiden Westmächte in den amerikanischen Angelegenheiten. Beide haben es entschieden in Abrede gestellt, daß England und Frankreich gegenwärtig die Absicht hätten, ihre Vermittelung anzubieten; Graf Russell mit mehr, Lord Palmerston mit weniger Worten, beide jedoch in den unverfälschtesten Ausdrücken. Demnach ist man füglich zu der Annahme berechtigt, daß „Patrie“ und „Times“, als sie vor wenigen Tagen einen Vermittelungs-  
antrag als bevorstehend ankündigten, bloß ihre Fühlhörner in die Welt steckten, um das Terrain zu sondieren. Die „Times“ zieht die ihrigen rasch wieder ein

und schreibt: „Es wird wohl Niemand Lust haben, mit der Regierung wegen ihrer Einschließung (der Nichtintervention) zu zanken. Ein Vermittlungsantrag im gegenwärtigen Augenblick könnte doch nicht mehr sein, als eine Meinungsausserung über das mutmaßliche Ende des Krieges. Bedenkt man, wie eiferstüdig Amerika auf Alles, was England thut, sich gerichtet, dann wird man zugeben müssen, daß es nicht gerathen für England wäre, auch da die Initiative zu ergreifen, wo es sich blos um ein Anerbieten seiner guten Dienste handelt. Das bleibt dem Kaiser der Franzosen überlassen, der gewiß geneigteres Gehör finden wird. In That wäre uns nichts willkommener, als daß Napoleon oder der Czar, die bei den Amerikanern unter allen europäischen Fürsten am populärsten sind, entweder jeder für sich oder gemeinschaftlich, den Amerikanern weise Rathschläge zu Gemüthe führen, die sie von uns nimmer annehmen würden. Eine europäische Vermittelung sollte diesmal lieber vom Kontinent aus gehen. Ganz entschieden bekämpfen „Daily News“ und „Morning-Star“ den Vermittelungsgedanken. Erstes Blatt äußert sich folgendermaßen: „Wieder einmal versucht man, uns mit dem Interventionsgedanken vertraut zu machen, indem man ihn als ein Project des Kaisers der Franzosen erörtert. Dieser Gewalthaber, heißt es, gehe damit um, jenen freundschaflichen Rath anzubieten, der, wenn im Ernst angeboten, nie-mals abgelehnt werden darf, und der Sklavenmacht die Stellung wiederzugeben, welche sie durch das Schwert der freien Männer verloren hat. Wie dies geschehen soll, wissen wir nicht. Von dem Augenblick an, wo ein europäischer Soldat den Boden der Vereinigten Staaten betreten hat, wird von einer Rückkehr zu den alten Politik bescheidener Rüstungen und politischer Isolirung keine Rede mehr sein können, wird die Republik gezwungen sein, eine große Land- und Seemacht zu werden. Dies ist nicht im Interesse Englands, nicht im Interesse des Weltfriedens.“ Der „Star“ sagt: „In Frankreich, das seine Truppen auf mexicanischem Boden stehen hat, das aus Mexico ein neues Königreich oder eine französische Kolonie zu machen sucht, in der Lage, ein annehmbares Vermittler in der amerikanischen Frage zu sein? Oder selbst England, dessen Parlamentsredner und Zeitungen der Mehrheit nach ein Geschäft daraus gemacht haben, Alles, was den Amerikanern des Nordens thuer ist, zu schmähen und anzuschwärzen? Hüten wir uns doch, Rathschläge zu geben, die so aussähen, als ob wir die Sklaverei vor der ihr drohenden Vernichtung retten wollten.“

Die Schlacht bei Richmond bildet einen Hauptstoff für die Leitartikel der englischen Blätter. Nach der Ansicht des „Morning Herald“ befindet sich Mac Clellan in einer sehr kritischen Lage. Die „Times“ ruft am Schluss ihrer Betrachtungen: „Ist gar keine Aussicht vorhanden, daß diesem tollen Bühnen ein Ziel gesetzt werden wird? Nun, dann war Alles, was wir bis jetzt gesehen haben, ein harmloses Kinderspiel gegen die Dinge, die jetzt kommen werden, da die Sommerhitze anbricht.“

### Österreichische Monarchie.

Wien, 20. Juni. Se. Maj. der Kaiser und die Herren Erzherzöge fuhren gestern Früh mittelst Hofgalanagen in die Stephanskirche, um dem Frohnaechnamfest zu bejubeln, und begaben sich, am Riesenhor von dem Herrn Erzbischofe empfangen, auf die für den allerh. Hof reservirten Plätze, wo sie dem feierlichen Hochamte bejubelten. Die Kirche war glänzend beleuchtet und in allen ihren weiten Räumen mit Andächtigen übersättigt. K. k. Militär und Leibgarden bildeten in der Kirche Spalier; die k. k. Hofmusikkapelle besorgte den musikalischen Theil. Am Graben war ein Bataillon des Infanterieregiments Kaiser Alexander Nr. 2 aufgestellt, welches nach Beendigung des Gottesdienstes nach 9 Uhr die üblichen 3 Salven gab. Die Processeion im Freien mußte wegen heftigen Regenwetters unterbleiben.

Der Herr Erzherzog Karl Ludwig ist mittelst Westbahn von Salzburg hier angekommen. Der Präsident des siebenbürgischen Gouvernements Graf Grenneville wird Ende Juni in Wien eintreffen, um Sr. Majestät d. m. Kaiser über die während seiner Rundreise gemachtten Wahrnehmungen Bericht zu erstatten.

Fürst Paul und Fürstin Therese Esterhazy feierten vorgestern im Kreise ihrer Familie den 50. Jahrestag ihrer Vermählung, die am 18. Juni 1812 vollzogen ward.

Der „Wiener Tagesbericht“ registriert als bemerkenswerthe Thatsache, daß sich die Kriegs- und Handelsmarine von Preußen ihren Bedarf an Schiffbauholz völlig aus Galizien holt. Gutsbesitzer dasselbst, besonders am oberen und mittleren San, machen kein Hehl, durch den Verkauf aus den herrlichen Beständen ihrer Wälder große Renten zu erzielen und besoldete Agenten der Regierung wie großer preußischer Firmen sind das ganze Jahr thätig, die die Ausfuhr dieses Artikels in Gang zu erhalten und zu fördern. In welchem Maße dies geschieht, mag außer anderem aus dem Berichte der Danziger Handelskammer 1861 ersehen werden, nach welchen selbst die französische Marine große Lieferungen von Schiffsplanken kontrahirt habe welche in der angeführten Weise aus Galizien und der Bukowina beigestellt wurde.

In London hat der Vicepräsident der niederösterreichischen Handels- und Gewerbeakademie, Herr Franz Wertheim, am 12. d. M. eine Zusammensetzung süddeutscher Industriellen veranlaßt, um über den französisch-preußischen Handelsvertrag zu debattiren. Im allgemeinen erklärte man sich gegen seine Form und meinte, daß die Sache einer Verhandlung entgegengehe, und daß der Gegenstand auf dem im September in München stattfindenden Handels-tage zur eingehenden Besprechung gelangen dürfte.

Wünschenswerth erscheint für jenen Zeitpunkt eine zahlreiche Vertretung der österreichischen Industrie.

Eine Beilage zum Amtsblatte der „Wiener Btg.“ bringt ein Verzeichniß der im landesgerichtlichen Depo-sitentenname befindlichen Privaturkunden, welche bereits vor dem Jahre 1829 erlegt wurden und deren Eigentümer oder Gläubiger zur Geltendmachung ihrer Rechte aufgefordert werden.

Wie es heißt, soll demnächst in Pest ein auf Alten gegründetes großes politisches Journal erscheinen, als dessen Redakteure Kovács Lajos und Zichy Antal bezeichnet werden. Pomposy, der von der Redaktion des „Magyarorszag“ zurückgetreten ist, gibt vom 1. Oktober an ein neues Blatt, „Ország“, heraus, an dem sich sämmtliche bisherige Mitarbeiter des „Magyarorszag“ beteiligen werden.

Am 14. d. ging, wie aus Triest gemeldet wird, die neue Panzerfregatte Prinz Eugen glücklich von Stapel. Mit der Unlegung der Bepanzerung des „Kaiser Max“ wird auch bereits begonnen; die Panzerfregatte „Drache“ ist nahezu vollständig in Eisen gehüllt und wird ihre Probefahrten in der See bald beginnen. Die in eine Schraubenfregatte umgewandelte „Novara“ wird in wenigen Wochen vollständig ausgerüstet in See stechen; sie wird seit ihrer Umwandlung von Sachverständigen als das schmuckste Schiff der österr. Flotte bezeichnet.

### Deutschland.

Die Frage wegen Berufung eines Nachfolgers für den nun zurücktretenden interimsichen Ministerpräsidenten Prinzen von Hohenlohe ist, wie man der „Fr. P. d.“ aus Berlin, 15. d. schreibt, noch immer nicht entschieden. In Bezug auf den Eintritt des Hrn. von Schleinitz in das Cabinet sollen noch fortlaufend Verhandlungen im Gange sein. Dem vor acht Tagen mit großer Zuversicht hier verbreiteten Gerücht, Herr v. Bismarck werde binnen kurzem in die Stelle des Prinzen von Hohenlohe eintreten und zugleich die Leitung des auswärtigen Ministeriums erhalten, wird von meist wohlunterrichteten Personen mit wachsender Bestimmtheit widersprochen. Dieser Widerpruch stützt sich namentlich auf den Umstand, daß die fortlaufende Besserung in dem Besinden des Grafen von Bernstorff von Tag zu Tag weniger zu der Annahme berechtigt, derselbe werde aus Gesundheitsrücksichten ganz von seinem Posten zurücktreten.

Die Pression auf Kurhessen dauert noch immer fort, schreibt man der „Volks-Ztg.“ aus Frankfurt mit ihr die Marschbereitschaft, welche, beiläufig geagt, Preußen täglich 12,000 Thl. kostet. Am 7. Juni lag wiederum der Marschbefehl für zwei Armeecorps vor, als die Nachricht eintraf, daß der Kurfürst in die Bildung des neuen Ministeriums eingewilligt habe. Man meint, so weit wie Preußen jetzt ist, hätte es 48 Stunden nach dem Ultimatum auch sein können.

Zugleich mit den zwischen Preußen für sich und den Bollverein und Frankreich abgeschlossenen Verträgen ist dem pr. Abgeordnetenhaus ein Denkschrift überreicht worden, welche nach einer kurzen Darstellung der Lage der Verhältnisse, welche zu dem Abschluß geführt hat, den Hauptbestimmungen der Verträge und des Tarifs erläutert folgt. Die Schrift schließt mit der Mitteilung, daß Zustimmende Erklärungen von Sachsen, sämtlichen Staaten des thüringischen Zoll- und Handelsvereins und Oldenburg eingegangen und von einigen andern Vereinsregierungen ihnen kurzem zu erwarten sind, „und die Regierung kann an der allzeitigen Zustimmung um so weniger zweifeln, als die allgemeinen Gesichtspunkte, welche bei den Verhandlungen leitend waren, die Grundlagen, auf welchen die getroffenen Vereinbarungen beruhen, sowie viele einzelne von diesen Vereinbarungen bereits im Laufe der Verhandlungen von sämtlichen Vereins-Regierungen gutgeheißen sind.“

Man schreibt der „Elbers. Btg.“, „Unter dem 6. d. schrieb ich Ihnen von dem Corps-Befehl des Prinzen von Württemberg gegen sämtliche liberale Tageszeitungen die Existenz eines solchen Corps-Befehl auf das bestimmteste dementiert. Und doch existirt ein solcher. Jener Befehl lautet allerdings nur dahin, daß die höheren Commandirenden darauf hinwirken sollen, daß die ihnen untergeordneten Truppen jene Blätter (deren neun mit Namen bezeichnet sind) nicht lesen sollen.“

Der auch als Schriftsteller bekannte Fürst von Pückler-Muskau, ein Schwiegersohn des preußischen Staatskanzlers Fürsten von Hardenberg, ist wiederum als General in das preußische Heer getreten, das er früher freiwillig verlassen hatte. Der Kriegsminister hat dem Vernehmen nach bestimmt, daß die Recruten nicht im October, sondern Mitte Februar k. k. eingezogen werden sollen, was, da die Recruten im August entlassen werden, eine tatsächliche Verkürzung der Dienstzeit auf 2½ Jahr einschließen würde.

Die „Süddeutsche Btg.“ und die „Zeit“ zeigen ihre Verschmelzung in ein einziges Blatt an, das vom 1. Juli unter dem Titel „Süddeutsche Zeitung“ in Frankfurt erscheinen wird.

Die Anhalt-Bernburgische Regierung hatte sich an der „Magdeburger Btg.“ zur Nennung seines Bernburg'schen Correspondenten, (in welchem man einen Beamten vermutete) zu verhalten. Der Redakteur weigerte sich diesem Verlangen Folge zu leisten und seine Gründe wurden von dem Magdeburger Stadtsgericht anerkannt, das Appellationsgericht aber und das Obertribunal hat verfügt, der Bernburg'schen Requisition sei zu genügen. In Folge dessen hat der gesuchte Redakteur im preuß. Abgeordnetenhaus eine Petition um Schutz der Pressefreiheit und der dieselbe bedingenden Anonymität der Correspondenten eingereicht.

London, 17. Juni. Die Ankunft des Prinzen von Wales in England scheint der „Times“ sehr gelegen zu kommen. Bei der Zurückgezogenheit, in welcher die Königin lebt, könnten die Pflichten der Gesellschaft von keinem Andern als dem Prinzen in angemessener Weise erfüllt werden. Vor allem denkt die „Times“ hierbei an den Wielkönig von Egypten, „der so große Verdienste um England und die Engländer habe, und der England auch in Zukunft man-

nahmregeln verhalten werden dürfen, die Verfasser oder Herausgeber von anonymen Druckschriften, Artikeln, oder Inseraten namhaft zu machen.“

### Frankreich.

Paris, 17. Juni. Freihändig ist gemeldet worden, der General Lorencez sei verwundet worden; es mußte heißen, daß in Folge der Unstrengung des siebenstündigen Gefechts eine alte Wunde des Generals wieder aufbrach. Den nächsten Nachrichten sieht man mit erklärender Spannung entgegen; sie werden die Zuversicht, die man zur Schau trägt, rechtfertigen oder zu Schanden machen. Vielleicht ist der General Lorencez trocken der Schlappe in Mexico eingetroffen; aber wer möchte es verbürgen? Hatte doch Minister Villiers in der Adressdebatte, also in der ersten Hälfte des Monats März ausgerufen: Unsere Armee ist jetzt wahrscheinlich schon in der Stadt Mexico! — Milne Edwards ist zum Nachfolger Isidor Grossroy Saint Hilaires als Professor der Zoologie am naturhistorischen Museum ernannt worden.

Prinz Napoleon wird nach dem „Constitutionnel“ nächsten Donnerstag in Havre erwarten, wo er sich an Bord seiner Yacht „Jerome Napoleon“ nach London einschiffen soll. Juri de la Gravidiere wird morgen in Paris eintreffen.

Es ist bereits erwähnt worden, daß das „Journal des Debats“ einen langen Artikel zur Feier des Herrn v. Bismarck-Schönhausen veröffentlicht hat. Das Blatt nennt den Gesandten einen unabhängigen und freien-

Marshall Magnan dementiert in einem dem „Constitutionnel“ zugegangenen Schreiben in bestimmtestem Weise, daß ihm ein Gehalt von 100,000 Frs. als Große-Meister angeboten worden sei.

Wie es heißt, ist das Ministerium des Innern mit der Ausarbeitung eines Projekts beschäftigt, das die Errichtung von landwirtschaftlichen Strafanstalten für Gefangene im Alter von 18 bis 24 Jahren zum Zweck hat. Man will dadurch die jüngeren von den älteren Gefangenen absondern und sie so vor dem nachtheiligen Einfluss der ergrauten Böswichte bewahren. — Die Kuarekhefs haben sich in Marseille wieder nach Algier eingeschiffet.

Die „Patrie“ ist ermächtigt, das Gerücht von der Abreise des Herrn v. Bismarck-Schönhausen zu demontieren. Der preußische Gesandte hat Paris nicht verlassen.

Graf Montebello, welcher zwei Tage in Fontainebleau zugebracht hat, nimmt einen Tagesbefehl für seine Soldaten in Rom mit, in welchem er denselben seinen Vorsatz kundgibt, gegen jede Strafmanifestation mit aller Energie einzuschreiten.

Während die Patrie und der Constitutionnel die Nachrichten aus Mexico, welche der Moniteur mittheilt, in ihrer Weise auss günstigste zu deuten suchen, erklärt der Siecle, er werde künftig den Siegesbulletins der Patrie kein besonderes Vertrauen schenken. Der Monde, der in dem abgeschlagenen Angriff auf die Verschanzungen von Guadalupe nur eine leichte Schlappe sieht, veröffentlicht ein ihm aus Mexico zugängenes Privatschreiben vom 12. Mai, welches einiges Nährere über den Kampf von Puebla enthält und sich dabei in sehr gehässiger Weise gegen England äußert.

Dem Senate lag in seiner letzten Sitzung eine als Ode in Versen abgefaßte Petition vor, welche sich bereits bei der Poeten-Akademie in Toulouse um den goldenen Amaranthenzweig (wie es scheint, ohne Erfolg) beworben hatte. Der Inhalt war die Findelkindern in Frankreich, und der Schlußantrag lautete auf Wiedereinführung der „Dreher“ (stours), mit denen der Staat ehedem das Aussehen von Säuglingen, das jetzt verboten ist, gesetzlich erleichterte. Nach amtlichen Angaben werden jetzt in Frankreich doch noch immer 25,000 Kinder jährlich ausgezettet und 10 pt. davon werden zu Verbrechern. Seit die „Dreher“ verhindert und schließlich abgeschafft worden, hat sich die Zahl der Kindermorde stetig vermehrt. Der Senat hat die Petition den Ministern des Inneren und der Justiz überwiesen.

### Großbritannien.

London, 16. Juni. Der Prinz von Wales ist vorgestern Nachmittag im Schloß Windsor angekommen. — Die „Times“ meldet: „Ihre Majestät die Königin und die königliche Familie werden am nächsten Mittwoch vom Schloß Windsor nach Osborne übersiedeln. Ihre Majestät hat täglich Spazierfahrten in der Nähe des Schlosses gemacht, ist aber zu schwach, um viel zu Fuß zu gehen und darf sich überhaupt keiner Anstrengung unterziehen, außer der Erledigung nothwendiger Geschäfte.“ — Prinz Ludwig von Hessen lebt auf kurze Zeit nach Deutschland zurück und wird am Samstag, am 28. d. M., wieder in England eintreffen. Seine Vermählung mit der Prinzessin Alice findet an dem darauf folgenden Dienstag statt.

Wie es heißt, wird die Königin Victoria erst im November ihre beabsichtigte Reise nach Deutschland antreten.

Am 16. d. M. wurde in der katholischen Kirche neben dem South-Kensington-Museum von mehreren in der britischen Hauptstadt verweilenden Österreicherinnen ein feierlicher Gottesdienst veranstaltet, um in gemeinsamer Andacht für das Wohl und die baldige Herstellung ihrer Majestät der Kaiserin zu beten. Alle in London befindlichen Österreicher wurden eingeladen, ihre Gebete mit denen der Veranstalter der frommen Andachtsübung zu vereinigen.

London, 17. Juni. Die Ankunft des Prinzen von Wales in England scheint der „Times“ sehr gelegen zu kommen. Bei der Zurückgezogenheit, in welcher die Königin lebt, könnten die Pflichten der Gesellschaft von keinem Andern als dem Pr



# Amtsblatt.

## Kundmachung. (3822. 7)

Um den Gefahren vorzubeugen, welche, wie die Erfahrung gelehrt hat, bei Kohlenbergwerke, welche stollen- oder schachtmäßig betrieben werden, in Folge der überhalb derselben geführten Bauten, und der Anhäufung brandgefährlicher Gegenstände an den Einfahrten, für das Menschenleben, und insbesondere für die bei solchen Gruben verwendeten Arbeiter entstehen, findet man im Grunde hohen Erlasses des k. k. Ministeriums für Handel und Volkswirtschaften vom 26. Hornung l. S. 3. 970/106 anzuhören: daß in der unmittelbaren Nähe solcher Gruben, und Stollenmündungen insbesondere bei jenen der Hauptfeinfahrtstollen, und wenn solche nicht mindestens sechs Kläster im festen Gesteine oder in Mauerung bestehen, keine feuergefährlichen obertägischen Bäume geduldet, und überhaupt Anhäufungen brandgefährlicher Gegenstände vor den Grubenmündungen sorgfältig vermieden werden. Und wenn auch die Eindeckung der Grubenschächte mit hölzernen Kauen zu schützen, ausnahmsweise, besonders in Gegenden wo kein hartes Material bei der Hand ist, geduldet wird, so wird doch in diesem Falle die Unterhaltung eines offenen Feuers zur Wärzung eigens gestattet, und es sollen die Wärzestuben nur mit eingefesteten Defen in angemessener Entfernung von den Schächten errichtet werden.

Die k. k. Bergbaupräsidenten haben hierüber nach den Bestimmungen der §§. 224, 240 und 250 des A. B. G. im Einvernehmen mit den zur Handhabung der baupolizeilichen Vorschriften berufenen politischen Bezirksamtern zu wachen, und gegen die Schuldigen die in der bezogenen gesetzlichen Vorschriften festgesetzten Zwangsmaßregeln in Anwendung zu bringen.

Technische Vorsichtsmäßigkeiten erheischen auch die Naphta (Bergtheer), Schächte, welche häufig mit Auflösung der bei diesen leicht entzündlichen Flüssigkeit nötigen Vorsichtern ausgebeutet werden. Man findet sonach nachstehende von den k. k. Bezirksamtern streng zu überwachenden Maßregeln, deren Nichtbeachtung nach der Ministerial-Verordnung vom 30. September 1857 (R. G. B. 38 Nr. 198) zu ahnden sein wird, vorzuschreiben:

- 1) Das Tabakrauchen wird in und bei solchen Schächten strengstens untersagt, sowie
- 2) das Anmachen von Wärzfeuern für die Arbeiter in der Nähe solcher Schächte, und es sind hiess für Arbeits auf mindestens 20 Kläster Entfernung, ordentliche, gemeinschaftliche und gut verschließbare Wärzestuben mit eingezogenen Defen, und Kaminen aufzuführen.
- 3) In der Entfernung von weniger als zehn Kläster von einem Bergtheerschachte ist die Abteufung eines neuen Theerschachtes unter keinem Vorwande zu zulassen.
- 4) Die Eindeckung der über einem solchen Schachte aufzuführenden Kauen hat mindestens mit Schindeln, Schwarten oder Brettern, keineswegs aber mit Rohr oder Stroh zu geschehen.
- 5) Für die Befolgung dieser Vorsichtsmäßigkeiten sind die Besitzer dieser Schächte verantwortlich.

Von der k. k. galizischen Statthalterei.  
Lemberg, am 29. April 1862.

## Kundmachung. (3857. 4)

Das hohe k. k. Ministerium für Handel und Volkswirtschaft hat mit Erlass vom 12. I. M. 3. 3321/1435 dem Josef Sigismund Ujhely, Zahnrat in Krakau, auf die Erfindung eines Zahnpulvers nebst Mundwasser genannt „Melanion“ ein ausschließendes Privilegium für die Dauer eines Jahres ertheilt.

Bon der k. k. galiz. Statthalterei.  
Lemberg, am 21. Mai 1862.

## L. 32506. Obwieszczenie.

Wysokie e. k. Ministerstwo handlu i gospodarstwa narodowego, udzieliło reskryptem z dn. 12. b. m. I. 3321/1435 Józefowi Zygmuntowi Ujhely, dentystie w Krakowie, na wynalazek proszku do zębów i wody do ust zwanego „Melanion“ wyłączny przywilej na jeden rok.

Od c. k. galic. Namiestnictwa.  
Lwów, dnia 21 maja 1862.

## L. 838. Edykt. (3882. 3)

C. k. Sąd powiatowy w Oświęcimiu wiadomo, iż w skutek wniesionej prośby Jakoba Gutherz z Oświęcimia na zaspokojenie temuż przysądzonej kwoty zł. 100 wraz z uboczniemi należytostiami przedsięwzięta będzie w tutejszym c. k. Sądzie przymusowa sprzedaż przez publiczną licytację realności po L.D. 87 w Brzezinie przez dłużnika Jana Grzybka posiadanej w terminach t. j. w dniach 30 czerwca, 21 lipca i 25 sierpnia 1862 každen raz o godzinie 10 zrana pod następującymi warunkami:

1. Przedmiotem sprzedaży będzie realność pod L.kons. 87 w Brzezinie, w obwodzie Krakowskim, powiecie Oświęcimskim położona, która niestanowi ciała tabularnego, a to w rozległości i granicach, jak w protokole sądowym zajęcia de præs. 27 września 1861 do l. 1896 opisana jest, wraz z domem drewianym słomą pokrytym i stodołą drewianą, przymczem zarazem zastrzega się iż sąd sprzedający żadnej ewikci na siebie nieprzyjmując.

Die Licitationsbedingnisse können im Bureau des I. Magistrats-Departements eingesehen werden.

Kraków, dnia 26 maja 1862.

Stadt Myslenice, Landgemeinde: Dolna Wies, Góra Wies, Chelm, Pćim, Lubień, Borzęta, Polanka, Bysina, Stróża, Krzeczów, Tenczyn und Krzeczanów.

Der Fiscaltypreis des jährlichen Pachtshillings beträgt

9544 fl. 44 kr. ö. W.; das Badium 955 fl. und die

Caution die Hälfte des zu erzielenden jährlichen Pacht-

shillings, außerdem aber noch 1500 fl. ö. W. zur Si-

cherstellung des Inventars des Bräuhauses.

Schriftliche mit dem gehörigen Badium versehene

Offerten müssen den Vor- und Zunamen, sowie den

Wohnort des Offerenten dann den offerierten Betrag des

jährlichen Pachtshillings mit Ziffern und Buchstaben

enthalten und vor oder während der mündlichen Licita-

tion überreicht werden.

Nach Abschluß der mündlichen Licitations-Verhand-

lung werden keine Offerten mehr angenommen werden.

Die weiteren Licitationsbedingnisse können beim My-

slenicer Stadtmagistrate zu jeder Amtsstunde und bei der

Licitation selbst eingesehen werden.

Von der k. k. Kreisbehörde.

Wadowice, am 11. Juni 1862.

## 3. 9884. Edikt. (3897. 3)

Von Seite des k. k. Landesgerichtes in Krakau wird dem, dem Aufenthaltsorte nach unbekannten Herrn Onufrius Waligórski mittels Edict bekannt gegeben, daß Behufs Verständigung desselben von dem über Anlangen der k. k. Finanz-Procuratur erflossnen Tabular-Bescheide de dato 5. November 1861 §. 18285 betreffend die Schätzung der sub. Nr. 46 Stth. IV. (Nr. 4 lit. B. Gem. VII. Piasek) gelegen in Szalatá ein Curator ad actum in der Person des Hrn. Advokaten Dr. Samelsohn mit Substitution des Hrn. Advokaten Dr. Kucharski bestimmt wurde.

Krakau, am 2. Juni 1862.

## L. 10029. Edykt. (3898. 3)

G. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktom pana Wojciecha czyli Alberta, Jakuba Ferdynanda trojga imion Waltera de Kroneg z miejsca pobytu niewiadomego, a w razie śmierci onegoż jego spadkobierców z miejsca pobytu i życia, imienia i nazwiska niewiadomych, że przeciw niemu pan Franciszka z Kruszyńskich 1go słuwu Tabaszewska 2go sl. Wojciechowska o przyznanie własności części dóbr Podolany czyli Lencze dolne obwodu Wadowickiego dotąd na rzecz i imię Wojciecha czyli Alberta Jakóba Ferdynanda Waltera de Kroneg wedlug n. 14 hár. w stanie czynnym tychże dóbr, intabulowanych pod dniem 24 maja 1862 l. 10029 wniosła pozew, w zakłaniu tegoż pozwu termin audycyjny na dzień 26-go sierpnia 1862 o godzinie 10-tej zrana wyznaczonym zostało.

Gdy miejsce pobytu pozwanego p. Wojciecha czyli Alberta Jakóba Ferdynanda trojga imion Waltera de Kroneg i jego spadkobiercami nie jest wiadomem przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego, jak również na koszt i niebezpieczęństwo jego, tutejszego adwokata Dra Szlachetowskiego z substytucją adwokata Dra Machałskiego kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spół wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicji obowiązującego przeprowadzonym będąc.

Zaleca się zatem niniejszym edyktom pozwanemu aby w zwykłym czasie albo sam stanął, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońce sobie wybrał i o tem c. k. Sądowi krajowemu doniósł w ogóle zasaby wezwić możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisać musiał.

Kraków, dnia 26 maja 1862.

## N. 13/8336. Edykt. (3879. 2-3)

Vierzycielów kupca tutejszego p. Wolfa Silberstein, który majątek swój do rozdziału ugodnego na zaspokojenie długów oddał, wzywam by się z pretensjami swemi z udowodnieniem tytułu, do mnie pod Nr. 460 dz. I. n. (652 gm. V. daw.) najdaliej do dnia 22-go lipca 1862 r. zgłosiły, gdyż inaczej wedle Ustawy z dn. 18 maja 1859 wykluczeni byli od zaspokojenia z majątku ugody podlegającego, o ile doń nie uzyskali prawa zastawu.

Kraków, dnia 18 czerwca 1862.

F. Żuk Skarszewski,

Notaryusz publ. jako komisarz sądowy.

## N. 10164. Concursausschreibung. (3887. 2-3)

Zur Wiederbesetzung der an der landschaftl. technischen Lehranstalt zu Graz erledigten Lehrkanzel der Mechanik.

An der technischen Lehranstalt des landschaftl. Joanneums in Graz ist die Lehrkanzel für Mechanik, Maschinenlehre und Maschinenzeichnung mit welcher ein aus der steierm. landsch. Domestikkasse liegender Gehalt von jährlichen 1260 fl. ö. W. mit dem Vorrückungsrecht in die Gehalte von 1470 fl. ö. W. und 1680 fl. ö. W. nach 10-beziehungswise 20jähriger Dienstleistung verbunden ist, erledigt.

Zum Behufe der Wiederbesetzung dieser Stelle werden am 1. und 2. Juli l. f. am landsch. Joanneum zu Graz und an den k. k. polytechnischen Institute in Wien, am k. k. Josef Polytechnikum in Ofen, am landschaftl. Polytechnikum in Prag, sowie an den k. k. technischen Lehranstalten zu Brünn, Lemberg und Krakau die schriftlichen Concurs-Prüfungen und am 3. Juli der Probe-Vortrag abgehalten werden, ohne daß durch diese Concurs-Prüfung die einfache Competenz verdienstvoller Bewerber ausgeschlossen ist.

Diejenigen welche sich dieser Concurs-Prüfung unterziehen wollen, haben sich bei den Studien-Directionen der vorbezeichneten Lehranstalten zu melden, ihre diesfälligen Gesuche an den steierm. Landes-Ausschuß zu richten, dieselben mit den erforderlichen Urkunden, Zeugnissen und Zeichnungen zu belegen und sich über Geburtsort, Alter, Religion, Studien, Moralität, allfällige Sprachkenntnisse, bereits geleistete Dienste und sonstige Beschäftigung auszuweisen. Diese Gesuche sind entweder bei Gelegenheit der Concursprüfung an die bezüglichen Studien-Directionen oder bei dem Landes-Ausschuß in Graz bis Ende Juni l. f. zu überreichen.

Vom steierm. Landes-Ausschuß.

Graz, am 28. Mai 1862.

## N. 7905. Licitations-Antändigung. (3888. 3)

Vom Magistrat der k. Hauptstadt Krakau wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß zur Verpachtung des städtischen Metherzeugungs-Gefäßs auf die Zeit vom 1. November 1862 bis 31. October 1863, am 11. Juli 1862, am 8. August 1862 und am 29. August 1862 im Magistratsgebäude beim I. Magistrats-Departement jedesmal um 10 Uhr Vormittags eine Versteigerung abgehalten werden wird.

Der Ausruftypreis beträgt 3000 fl. ö. W. Das Badium

beträgt 10%.

Schriftliche Offerten werden auch angenommen.

Die Licitationsbedingnisse können im Bureau des I. Magistrats-Departements eingesehen werden.

Kraków, am 28. Mai 1862.

## N. 3850. Kundmachung. (3876. 3)

Von Seite der Wadowicer k. k. Kreisbehörde wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß wegen Verpachtung der vereinigten Myslenicer städtischen und Myslenicer herrschaftlichen Proprietation sammt dem Bierbrauhaus in Dolna Wies auf die Dauer von 3 auf einander folgenden Jahren d. i. vom 1. November 1862 bis letzten October 1865 eine Licitations- und Offerte-Verhandlung in der Myslenicer Magistratskanzlei a. m. 3. Juli 1862 um 10 Uhr Vormittags abgehalten werden wird.

Zu dieser Verhandlung werden Unternehmungslustige mit dem Bemerkten eingeladen, daß sie die Licitations- und Offerte-Verhandlung hierher eischen können, und daß auch schriftliche, vorschriftsmäßig eingerichtete Offerten, vor und während der Licitation übergeben werden können.

Neu-Sandec, am 18. Juni 1862.

## Meteorologische Beobachtungen.

Barom.-Höhe auf G. in Paraff. Linie 0° Raum red.	Temperatur nach Raumur	Specielle Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Wärme im Laufe d. Tage von   bis
20 2 326 26	+ 13 2	67	Nord-West stark	Heiter mit Wolken	Bor- und Nachmit. Regen	+ 87 + 13 7
10 26 56	+ 9 2	92	" mittel	" "		
21 6 26 14	+ 8 0	83	West stark	" "		

Stadt Myslenice, Landgemeinde: Dolna Wies, N. 803.

Przy c. k. powiat jako sąd w Nisku podaje

się do publicznej wiadomości, że Antoni Socha

mieszczan z Rudnika uchwała c. k. sądu obwod-

wego w Rzeszowie z dnia 10 stycznia 1862 do

L. 11 za obłożanego uznany i pod kuratą po-

stawnym zostało.

Kuratorem postanawia się Marcina Ruchayskiego,

Nisko, dnia 5 czerwca 1862.

## Wiener - Börse - Bericht

vom 18. Juni.

Öffentliche Schuld.

A. Des Staates.